



Deutscher Naturschutzring (DNR) e.V. • Marienstr. 19-20 • 10117 Berlin



Deutscher Naturschutzring (DNR) e.V.
Dachverband der deutschen Natur-,
Tier- und Umweltschutzorganisationen

Marienstr. 19-20
10117 Berlin

info@dnr.de • www.dnr.de
T +49 (0) 30 / 6781 775 70

Datum
08. Juli 2026

KEINE ZWECKENTFREMDUNG DER ETS-EINNAHMEN

Sehr [REDACTED]

mit großer Sorge wenden wir uns an Sie anlässlich des am Montag vom Bundeskabinett beschlossenen Regierungshaushaltsentwurfs 2027 sowie der Finanzplanung bis 2031.

Nach dem vorliegenden Entwurf sollen im Jahr 2027 rund 2,7 Milliarden Euro an Einnahmen aus dem Europäischen Emissionshandel (ETS 1) nicht mehr dem Klima- und Transformationsfonds (KTF), sondern dem Einzelplan 60 und damit dem allgemeinen Haushalt zufließen. Perspektivisch würden dem KTF im Finanzplanungszeitraum 2027 bis 2030 dadurch schätzungsweise 11 bis 13 Milliarden Euro entzogen.

Das birgt dramatische Risiken für den Umbau des Industriestandorts wie auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, da die Mittel fehlen, um Wirtschaft und Gesellschaft den Weg in die Klimaneutralität zu ermöglichen.

Wir bitten Sie eindringlich, die gravierenden Fehlentwicklungen vor der endgültigen Verabschiedung des Haushalts zu korrigieren.

Der KTF ist das zentrale Instrument des Bundes zur Finanzierung des klimaneutralen Umbaus unserer Gesellschaft. Aus ihm werden Investitionen ermöglicht, die für das Erreichen der Klimaziele, für bezahlbare klimaneutrale Wärme, moderne Gebäude, Elektromobilität, Bus und Bahn sowie die saubere Modernisierung der Industrie dringend notwendig sind. Schon heute reichen die öffentlichen Investitionen in diesen Bereichen nicht aus. Alle sektoralen Klimaziele werden nach dem Expertenrat für Klimafragen aktuell verfehlt. Eine Reduktion der Mittel für Klimaschutz würde diese Lücke weiter vergrößern und die Zielerreichung noch weiter erschweren.

Die Entscheidung ist auch ein fatales Signal vor dem für die kommende Woche erwarteten Vorschlag der Europäischen Kommission für die Überarbeitung des Emissionshandels. Die Einnahmen des ETS 1 werden in den kommenden Jahren in zunehmenden Maß aus der energieintensiven Industrie stammen. Die stärkere Verwendung dieser Einnahmen zur Unterstützung von Investitionen in die Klimaneutralität ist eine zentrale Säule für die erfolgreiche Transformation dieser Industrien. Die Zweckentfremdung der Einnahmen schafft neue Unsicherheit und gefährdet damit Investitionen in einen zukunftsfähigen Industriestandort.

Besonders problematisch ist, dass hier Einnahmen aus Verschmutzungsrechten zweckentfremdet würden. Diese Mittel sind dafür bestimmt, Klimaschutz voranzubringen und die Transformation sozial abzusichern.

Wenn sie stattdessen zur allgemeinen Haushaltskonsolidierung genutzt werden, wird der politische und ökologische Sinn des Emissionshandels untergraben.

Hinzu kommt: Bei der Schaffung des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität wurde zugesagt, jährlich 10 Milliarden Euro zusätzlich in den KTF zu überführen. Wenn nun zugleich fast 3 Milliarden Euro aus den ETS 1-Einnahmen abgezogen werden, wird dieses Versprechen faktisch ausgehöhlt. Zusätzliche Investitionen dürfen nicht dadurch entwertet werden, dass an anderer Stelle zentrale Investitionen gestrichen oder umbucht werden. Wird die Zusätzlichkeit nicht gewährleistet, könnte dies verfassungswidrig sein.

Besonders kritisch sehen wir zudem Hinweise auf Kürzungen bei den Finanzhilfen im KTF. Die größte Finanzhilfe ist die Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG), einschließlich der Wärmepumpenförderung. Die geplante Kürzung der klimaneutralen Heizungsförderung im Umfang von 3,45 Mrd. Euro im Finanzplanungszeitraum 2027 bis 2030 wäre ein großer Fehler. Dieses Programm ist stark nachgefragt, unterstützt Bürgerinnen und Bürger konkret bei der Modernisierung ihrer Häuser und Wohnungen, stärkt Handwerk und Mittelstand und leistet einen direkten Beitrag zum Klimaschutz. Gerade nach der faktischen Abschaffung der Klimawirkung des Gebäudeenergiegesetzes sind diese Mittel zentral.

Wir bitten Sie daher eindringlich: Nutzen Sie das parlamentarische Verfahren, um diesen gravierenden Fehler zu korrigieren.

Mit freundlichen Grüßen



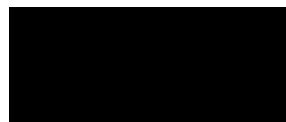
Prof. Dr. Kai Niebert

Präsident
DNR



Verena Graichen

Bundesgeschäftsführerin
BUND



Christoph Bautz

Geschäftsführender Vorstand
Campact



Lutz Weischer

Politische Leitung Berlin
Germanwatch



Michael Schäfer

Geschäftsführer
German Zero



Georg P. Kössler

Leiter Politik
Greenpeace



Dr. Kim Cornelius Detloff

Fachbereichsleiter Politik
NABU



Heike Vesper

Vorständin Transformation
Politik & Wirtschaft WWF